



**NIEDERSCHRIFT**  
(öffentlicher Teil)  
**Sitzung des Bauausschusses**

Sitzungstermin:	Montag, 20.11.2017	
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr	
Sitzungsende:	20:20 Uhr	
Sitzungsort:	Foyer der Bauverwaltung, Mühlendamm 12, Lübeck	
<b>Anwesende Mitglieder</b>		
<b>Vorsitz</b>		
Günter Kämer- CDU	Vertretung für: Herrn Dr. Burkhard Eymer	
<b>Mitglieder aus der Bürgerschaft</b>		
Carl-Wilhelm Howe- grün+alternativ+links (GAL)		
Tim Klüssendorf- SPD	Bis TOP 4.2.6	
Christopher Lötsch- CDU		
Ulrich Pluschkell- SPD		
Harald Quirder- SPD		
<b>stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.</b>		
Dr. Ulrich Brock- CDU		
Ute Friedrichsen- SPD		
Roswitha Kaske- CDU		
Thomas-Markus Leber- FDP		
Karsten Mihr- BfL		
Arne-Matz Ramcke- Bü90/DIEGRÜNEN		
Dieter Rosenbohm- BfL		
Michael Rostkowski- SPD	Vertretung für: Herrn Tim Klüssendorf ab TOP 4.2.6	
Thilo Untermann- CDU	Vertretung für: Herrn Dirk Freitag	
Gregor Voht- FREIE WÄHLER&DIE LINKE	Vertretung für: Herrn Ragnar Harald Lüttke	
<b>Verwaltung</b>		
Senatorin Joanna Glogau- FB 5 - Planen und Bauen		
Dennis Bunk- GMHL		
Matthias Drever- 5.660 Stadtgrün und Verkehr		
Karsten Schröder- Stadtplanung u. Bauordnung		
Hans-Wolfgang Wiese- Lübeck Port Authority		
Andreas Borchardt- 4.401 Schule und Sport	Bis TOP 4.2.3	

Dennis Bössow- Haushalt und Steuerung (1.201)	Bis TOP 3.3
Birgit Jannsen- GMHL (5.651)	Bis TOP 4.2.3
Markus Toll-	Bis TOP 4.2.5
<b>Protokollführung</b>	
Thomas Kaacksteen- Fachbereichscontrolling FB 5	
<b>Gäste</b>	
Olivia Kempke- Lübeck Management e.V.	Nur öffentlicher Teil
Anette Quast- Entwicklungsbüro TOLLERORT	Bis TOP 4.2.6
<b>Sonstige Personen</b>	
Gerd Maertens- Seniorenbeirat	Nur öffentlicher Teil
Klaus-Dieter Zander- Seniorenbeirat	Nur öffentlicher Teil
<b>Entschuldigte Mitglieder</b>	
<b>Vorsitz</b>	
Dr. Burkhard Eymer- CDU	Entschuldigt abwesend
<b>Mitglieder aus der Bürgerschaft</b>	
Dirk Freitag- CDU	Entschuldigt abwesend
Ragnar Harald Lüttke- FREIE WÄHLER&DIE LINKE	Entschuldigt abwesend

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil:

1.	Allgemeiner Teil
1.1.	Feststellung der Beschlussfähigkeit
1.2.	Anträge und Beschlussfassung zur Tagesordnung
1.3.	Niederschriften, öffentlich vom 06.11.2017
2.	Satzungen / Widmungen / Veränderungssperren
3.	Sonstige Beschlussvorlagen
3.1.	Haushaltssatzung 2018 mit Stellenplanänderungen 2018 Vorlage: VO/2017/05378
3.2.	Soziale Stadt Moisling – Anpassung der Grundsätze über die Vergabe von Mitteln aus dem Verfügungsfonds (5.610) Vorlage: VO/2017/05348
3.3.	Außerplanmäßige Bewilligung von Haushaltsmitteln im Haushalts-jahr 2017 zur Sicherstellung der Finanzierung der Beteiligung an dem Ersatzneubau der Straßenbrücke Büssau (5.660) Vorlage: VO/2017/05394
3.4.	Widmung von Verkehrsflächen gemäß § 6 Abs. 1 des Straßen- und Wegegesetzes (StrWG) für Schleswig-Holstein; hier: Kleines Haff (5.660) Vorlage: VO/2017/05410
3.5.	Wegeeinzziehung von öffentlichen Flächen gemäß § 8 Abs. 1 Satz 2 des Straßen- und Wegegesetzes (StrWG) für Schleswig-Holstein: Einzziehung/Teileinzziehung im Zusammenhang mit der Umgestaltung des Drehbrückenplatzes im Rahmen der Maßnahme: Westlicher Altstadtrand, An der Untertrave Abschnitt 2: Drehbrückenplatz - Alsheide (5.660) Vorlage: VO/2017/05412
3.6.	Benennung von Verkehrsflächen in der Hansestadt Lübeck: B-Plan 05.42.00 – Triftstraße/Georg-Kerschensteiner-Straße (5.660) Vorlage: VO/2017/05434
3.7.	Freigabe zur Umsetzung der Maßnahme Flächenausbau, 2. BA, am Skandinavienkai (5.691) Vorlage: VO/2017/05449
3.8.	Beitritt zur Geodateninfrastruktur der Metropolregion Hamburg Vorlage: VO/2017/05487

4.	Mitteilungen und Berichte
4.1.	Mitteilungen des Vorsitzenden
4.2.	Sonstige Mitteilungen und Berichte
4.2.1.	LÜBECK überMORGEN Vorlage: VO/2017/05367
4.2.2.	Anleger in Schlutup für Fahrgastschiffe (5.691) Vorlage: VO/2017/05462
4.2.3.	Mündlicher Bericht (5.651): Bestandsaufnahme der Schulstandorte Julius-Leber-Schule
4.2.4.	Bebauungsplan 05.42.00 - Triftstraße /Georg-Kerschensteiner-Straße - Satzungsbeschlussvorlage: Information zum Vertrag über die Durchführung von Ausgleichsmaßnahmen, die Errichtung von Gründächern und das Monitoring sowie die Beseitigung von Altlasten Vorlage: VO/2017/05477
4.2.5.	Ablaufoptimierung von Großprojekten (5.660) Vorlage: VO/2017/05497
4.2.6.	Mündlicher Bericht (5.610): Rahmenplan Innenstadt mit Mobilitätskonzept und Durchführung eines Beteiligungsprozesses - Vorstellung Konzept und Zeitplan
4.2.7.	Mündliche Mitteilung (5.660): Aktueller Sachstand Possehlbrücke
4.3.	Ankündigung von Öffentlichkeitsbeteiligung
4.4.	Mitteilungen zum Beginn von Ausschreibungen
4.5.	Eilentscheidungen des Bürgermeisters
5.	Anfragen, Anregungen, Anträge und Verschiedenes
5.1.	Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen
5.2.	Neue Anfragen
5.3.	Anträge
5.3.1.	Einen neuen Flächennutzungsplan für Lübeck erstellen Überweisung aus der Bürgerschaft vom 28.09.2017 - Antrag der GAL-Fraktion VO/2017/05278 Vorlage: VO/2017/05400

5.3.2.	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Antrag des Ausschussmitglieds Arne-Matz Ramcke: Aufhebung der Radwegbenutzungspflicht an der Mecklenburger Straße Vorlage: VO/2017/05491
5.3.3.	Hochstufung der Bundeswasserstraße Trave Überweisung aus der Bürgerschaft vom 28.09.2017 - Antrag der CDU-Fraktion VO/2017/05286 Vorlage: VO/2017/05407
5.3.4.	Prüfung der Realisierbarkeit einer Umwandlung der "Vorderreihe" in eine Fußgängerzone Überweisung aus der Bürgerschaft vom 28.09.2017 - Antrag der FDP-Fraktion VO/2017/05297 Vorlage: VO/2017/05408
5.3.5.	Prüfung einer Zusatzbeschilderung in der Vorderreihe in Travemünde zur Verbesserung der dortigen Verkehrssituation Überweisung aus der Bürgerschaft vom 28.09.2017 - Antrag der FDP-Fraktion VO/2017/05298 Vorlage: VO/2017/05409
11.	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse



- 4.2.6** Mündlicher Bericht (5.610): Rahmenplan Innenstadt mit Mobilitätskonzept und Durchführung eines Beteiligungsprozesses – Vorstellung Konzept und Zeitplan.
- Mündlicher Bericht: Sachstand Possehlbrücke
- 4.2.7**
- 5.3.2** **Bündnis 90 / Die Grünen:** Antrag des Ausschussmitglieds Arne-Mats Ramcke: **VO/2017/05491**  
Aufhebung der Radwegbenutzungspflicht an der Mecklenburger Straße
- 5.3.3** **Überweisung aus der Bürgerschaft** vom 28.09.2017 -. **VO/2017/05407**  
Antrag der CDU-Fraktion (VO/2017/05286):  
Hochstufung der Bundeswasserstraße Trave
- 5.3.4** **Überweisung aus der Bürgerschaft** vom 28.09.2017 -. **VO/2017/05408**  
Antrag der FDP-Fraktion (VO/2017/05297):  
Prüfung der Realisierbarkeit einer Umwandlung der „Vorderreihe“ in eine Fußgängerzone
- 5.3.5** **Überweisung aus der Bürgerschaft** vom 28.09.2017 -. **VO/2017/05409**  
Antrag der FDP-Fraktion (VO/2017/05298):  
Prüfung einer Zusatzbeschilderung in der Vorderreihe in Travemünde zur Verbesserung der dortigen Verkehrssituation

Herr Quirder bittet um einen kurzen Sachstandsbericht zum Parkhaus Wehdehof, was ihm für den nicht-öffentlichen Teil der Sitzung zugesagt wird.

Herr Howe erläutert, dass er den unter TOP 5.3.1 stehenden Antrag der GAL-Fraktion sowohl hier im Bauausschuss, als auch in der kommenden Bürgerschaftssitzung zurückziehen werde.

Herr Lötsch merkt an, dass eine Zurückziehung einer Überweisung aus der Bürgerschaft im Fachausschuss nicht möglich sei. Demzufolge müsse der Antrag vertagt und in der Bürgerschaft zurückgezogen werden. Herr Howe stimmt diesem Verfahren zu.

*Der Bauausschuss beschließt einstimmig die beantragte Erweiterung der Tagesordnung unter Anerkennung der gegebenen Dringlichkeit und die nicht öffentliche Behandlung der hierfür vorgesehenen Tagesordnungspunkte sowie die Vertagung des TOP 5.3.1.*

<p><b>zu 1.3    Niederschriften, öffentlich vom 06.11.2017</b></p>
--

Der Vorsitzende beantragt die Vertagung des öffentlichen Teils der Niederschrift vom 06.11.2017, da diese noch nicht zur Freigabe vorgelegen habe.

*Der Bauausschuss vertagt den TOP 1.3 einstimmig auf den 04.12.2017.*

**zu 2      Satzungen / Widmungen / Veränderungssperren**

**zu 3      Sonstige Beschlussvorlagen**

**zu 3.1    Haushaltssatzung 2018 mit Stellenplanänderungen 2018  
Vorlage: VO/2017/05378**

Herr Ramcke möchte rückblickend auf die letzte Bauausschusssitzung von Frau Glogau wissen, wie sich der Fachbereich bezüglich der Prioritäten bei Projekten aufstelle und ob es eine Übersicht gäbe, aus der abzuleiten sei, wo noch personelle Ressourcen für neue Projekte ab 2018 frei seien.

Frau Glogau erläutert, dass es nicht möglich sei, so eine Übersicht darzustellen, da es auch keine jährlichen Projekte gäbe, die im Januar beginnen und im Dezember enden würden. Auch die exakte Dauer der Projekte sei vorab nicht genau einzuschätzen, insbesondere wenn die Planungsphase mitbetrachtet werde. Als plausiblen Kennwert nennt Frau Glogau den Bauumsatz, der sich auf rund 50% der die erfolgten Anmeldungen belaufe.

Herr Rosenbohm möchte wissen, ob es auch ein Berichtswesen im Vermögenshaushalt gäbe, analog zum Produkthaushalt, aus dem hervorgehe, in welcher Höhe bisher Mittel ausgegeben worden seien und in welcher Phase der Baufortschritt läge.

Herr Wiese erklärt, dass die Bereiche im Produkthaushalt ihre Ziele auch hinsichtlich einzelner Investitionsprojekte eingeben und es hierzu Zwischenberichte gäbe, ob diese Ziele eingehalten worden seien. Zu den reinen Zahlen gäbe es aber keine Abfrage.

Herr Lötsch möchte zu den angesetzten 750.000 Euro Investitionskosten in 2018 und den zusätzlichen 250.000 Euro für 2019 für die Instandsetzung der Verwaltungsgebäude am Standort Mühlendamm wissen, ob diese Maßnahmen wirklich notwendig seien.

Herr Bunk führt aus, dass es sich um zwingend notwendige Brandschutzertüchtigungen handle. Sollte keine Umsetzung erfolgen, werde riskiert, dass ganze Gebäudeteile aus Verkehrssicherungsgründen für die Nutzung gesperrt werden müssen.

Herr Howe möchte wissen, ob realistisch abzuschätzen sei, wann ein eventueller Umzug in ein neues Verwaltungsgebäude abgeschlossen sein könne.

Herr Bunk erläutert, dass hierfür ein Zeitraum von rund fünf Jahren veranschlagt werden müsse.

Herr Lötsch möchte wissen, warum zusätzlich zu den 100.000 Euro Planungskosten bei der ehemaligen Schule in Moisling, für eine eventuelle Verlagerung der VHS, noch 500.000 Euro im Haushalt beantragt worden seien.

Herr Bunk führt aus, dass man bei einer abgeschlossenen Planung in 2018 ggf. auch unmittelbar im Anschluss mit ersten Maßnahmen beginnen könne, zum Beispiel mit einer WC-Sanierung.

Herr Lötsch möchte wissen, ob es bei den Lübecker Gebäuden noch Gerüste gäbe, die als reine Sicherheitsmaßnahme ohne aktuell laufende Bauaktivitäten dienen.

### **Nachträglich zur Niederschrift:**

#### Schutz- und Sicherungsgerüste:

- Crane Konvent, Innenhof und Giebel
- St. Annen-Museum, Kunsthalle Nordseite
- Schule Marli
- Schule Niederbüßsau
- Kalanderschule
- Julius-Leber-Schule, Marquardplatz
- Verwaltungsgebäude Fackenburger Allee 27

#### Nottreppenanlagen:

- Schule Grönauer Baum
- Verwaltungsgebäude Julius-Leber-Str.
- Behnhaus (in Umsetzung)

Bei den meisten der genannten Standorte sollen im kommenden Jahr die Baumaßnahmen beginnen.

Frau Kaske möchte wissen welche Planungen zum Radwegeausbau in der Roeckstraße umgesetzt werden sollen.

Herr Schröder verweist auf die Informationen aus der letzten Bauausschusssitzung.

Frau Kaske möchte wissen, wo sie in der Haushaltsanmeldung Mittel für Fußwegsanierungen finden könne.

Herr Drever verweist darauf, dass diese Maßnahmen im konsumtiven Haushalt geordnet seien.

Frau Kaske möchte weiterhin wissen, ob Kostenerhöhungen bei einigen Baumaßnahmen damit zu tun haben, dass die Verwaltung nicht genügend Mitarbeiter habe, um alles abzuarbeiten.

Herr Drever führt aus, dass einige Maßnahmen teurer werden, da erstmalige Kostenschätzungen teilweise schon längere Zeit zurück lägen und sich nach den Kostenschätzungen bei weiterer Planungstiefe bis hin zu Kostenberechnungen auch zusätzliche kostenrelevante Änderungen ergeben können.

Abschließend möchte Frau Kaske wissen, ob die im Haushaltbegleitbeschluss für 2019 um 50.000 Euro gekürzte Maßnahme bei der Grünflächenpflege notwendig sei, da ihrer Meinung nach eigentlich mehr getan werden müsse.

Herr Bössow führt hierzu aus, dass diese strategische Überlegung aus der Konsolidierungsliste des Bürgermeisters stamme und nicht vom Fachbereich Planen und Bauen.

Herr Drever merkt an, dass er die aus der Bauausschusssitzung vom 06.11.2017 noch nicht beantworteten Fragen nun beantworten möchte:

Die Mittel für die Rehderbrücke seien auf die Josephinenbrücke umgebucht worden, da hier die Priorität höher läge. Aus jetziger Sicht sei bei der Rehderbrücke erst einmal nur eine Teilsanierung der Lager notwendig.

Bei der Huxtortorbrücke seien noch Reste zur Planung aus 2017 vorhanden. Des Weiteren sei eine Umsetzung der Maßnahmen aus personeller Sicht in dem Bereich derzeit auch nicht möglich.

Die angefragte Grünpflege bei Schulgebäuden sei im Bereich aus personellen Gründen auch nicht allumfänglich einzuhalten; daher muss hier zukünftig verstärkt auf externe Vergaben gesetzt werden, um den beabsichtigten Standard zu halten.

Herr Voht regt an, den Pflegestandard der Grünflächen bei Schulen eher weiter zu reduzieren und diese eingesparten Gelder lieber in andere wichtigere Projekt zu stecken.

Herr Bunk erläutert, dass es keine Erhöhung des Standards bei den Grünanlagen der Schulen gegeben hätte. Die Außenanlagen an den Schulen sind in Summe als einfacher Standard anzusehen.

Herr Quirder möchte wissen, warum es bei der Sanierung der Josephinenbrücke zu einer Einsparung von 100.000 Euro gekommen sei.

Herr Toll erläutert, dass die Maßnahme an der Josephinenbrücke noch mit Mitteln aus 2017 verstärkt wurde, so dass hier die Anmeldung für 2018 wieder reduziert werden konnte, um die zwei Straßenbaumaßnahmen in die Nachmeldung aufnehmen zu können.

Herr Ramcke möchte wissen, wann mit dem zugesagten Grünflächenkonzept von Stadtgrün und Verkehr zu rechnen sei.

**Nachträglich zur Niederschrift:**

Die Vorlage zum Freiraumprogramm Stadt-Grün befindet sich derzeit in der Abstimmung zwischen den beteiligten Bereichen. Derzeit erfolgt die Einarbeitung der Änderungswünsche, dann soll die finale Freigabe der beteiligten Bereiche bis zum 08.12.2017 erfolgen. Nach Freigabe erfolgt dann die Vorstellung im Senat mit anschließendem Gremienlauf.

Herr Lötsch möchte wissen, wie der aktuelle Sachstand bei den Resten im Fachbereich 5 sei.

Herr Toll erläutert, dass es hierzu erst im Frühjahr 2018 eine verlässliche Aussage geben könne, da dann erst die Abstimmung mit Haushalt und Steuerung erfolgt sei.

Frau Kaske möchte zur laufenden Nummer 76 auf der Seite 679 von 704 wissen, um welchen Friedhof es sich hierbei handle.

**Nachträglich zur Niederschrift:**

Es handelt sich hierbei um den Vorwerker Friedhof.

Herr Howe möchte wissen, ob es einen Um- und Ausbau des Radweges in der Travemünder Allee zwischen dem Gustav-Radbruch-Platz und der Eschenburgstraße geben werde, da dieser nur angedacht sei.

Herr Schröder erklärt, dass dies davon abhängig sei, ob es hierfür Fördergelder gäbe.

Herr Howe möchte wissen, ob es bezüglich der von der Verwaltung zugesagten Kostenermittlung für den Neubau einer Brücke im Zuge des Wanderwegs über die Wakenitz etwas Aktuelles gäbe.

Herr Drever erläutert, dass in der angesprochenen Sitzung des Bauausschusses mitgeteilt wurde, dass weder das Geld noch das Personal hierfür vorhanden sei.

Herr Howe führt aus, dass es erst einmal zu einer Kostenermittlung kommen sollte.

Herr Rosenbohm erwidert, dass Herr Schott die möglichen Kosten mit 50.000 Euro beziffert habe und es erst einmal eine Erhebung darüber geben solle, wie hoch die momentane Brücke frequentiert sei.

Herr Lötsch bittet, dieses Thema am 04.12.2017 auf die Tagesordnung zu nehmen und bis dahin noch einmal die Niederschrift anzusehen.

Herr Ramcke merkt an, dass ihm bezüglich der Personalstellen im Fachbereich 5 nicht bekannt sei, welche Anzahl zum Umsetzen der Maßnahmen notwendig sei.

Frau Glogau erläutert, dass die Verwaltung die Fachbereichseckwerte erfüllen müsse, was allerdings in der momentanen Situation nicht möglich sei. Beispielsweise hat die Bürgerschaft erst kürzlich beschlossen, dass die Gewinnausschüttung der TRAVE nicht mehr an die Stadt gezahlt werde, sondern in sozialen Wohnungsbau investiert werden soll. Damit hat sie gleichzeitig den Fachbereichseckwert des Fachbereichs Planen und Bauen um rund 470.000 Euro gesenkt. Die Bemessung der Höhe der Fachbereichseckwerte sei eine gesamtstädtische Fragestellung und nicht in einem einzelnen Fachbereich zu lösen.

Herr Bunk teilt mit, dass sich die ursprüngliche Kostenschätzung in Höhe von 13,7 Mio. Euro für den Neubau an der St. Jürgen Grund- und Gemeinschaftsschule nach der aktuell erstell-

ten Kostenberechnung nun auf rund 14,62 Mio. Euro belaufe, was eine Steigerung von rund 7% ausmache.

Herr Lötsch beantragt, die Vorlage ohne Votum weiterzugeben und nach Erhalt der noch offenen Fragen im weiteren Verfahren zu entscheiden.

Der Vorsitzende lässt über die beantragte Weitergabe ohne Votum abstimmen.

**Abstimmungsergebnis:**

Für die Weitergabe ohne Votum: 14 Stimmen

Gegen die Weitergabe ohne Votum: 1 Stimme

*Der Bauausschuss stimmt einer Weitergabe ohne Votum mehrheitlich zu.*

**zu 3.2 Soziale Stadt Moisling – Anpassung der Grundsätze über die Vergabe von Mitteln aus dem Verfügungsfonds (5.610)  
Vorlage: VO/2017/05348**

Herr Lötsch möchte wissen, an welcher Stelle die in der Vorlage erwähnten zusätzlichen 15.000 Euro wegfallen würden.

Herr Schröder erläutert, dass die Größenordnung des Verfügungsfonds mit dem Ministerium abgestimmt und im Treuhandvermögen geordnet sei, er allerdings nicht sagen könne, ob dieser Betrag „on Top“ sei oder ob dies zukünftig ggf. zu Lasten des bisher bekannten Fördervolumens gehen würde.

Herr Voht möchte zu den Grundsätzen der Hansestadt Lübeck über die Vergabe von Mitteln wissen, ob die dort beschriebene Vielfalt bisher nicht präsent gewesen sei und ob eine persönliche Vorstellung bisher nicht maßgeblich war.

Herr Schröder erläutert, dass es sich bei diesem Papier um den grundsätzlichen und klarstellenden Anforderungskatalog handele, der für eine Vergabe Voraussetzung sei.

Frau Friedrichsen möchte wissen, ob nach den Erfahrungen aus diesem Pilotprojekt auch andere Stadtteile wie zum Beispiel Kücknitz oder Schlutup auf den Weg gebracht werden könnten.

Frau Glogau erläutert, dass dies grundsätzlich möglich sei, aber erst nachdem das Projekt Soziale Stadt Moisling beendet sei, da hier noch viel Projektarbeit zu leisten sei.

**Herr Lötsch beantragt eine Vertagung der Vorlage um eine Sitzung, um seine eingangsgestellte Frage bezüglich der 15.000 Euro beantwortet zu bekommen.**

Herr Quirder sieht eine Aufstockung der Mittel als sinnvoll an und hätte gerne heute eine Entscheidung, er könne aber auch mit einer Vertagung leben.

Der Vorsitzende lässt über den Vertagungsantrag von Herrn Lötsch abstimmen.

**Abstimmungsergebnis:**

Für eine Vertagung um eine Sitzung: 11 Stimmen

Gegen eine Vertagung: 2 Stimmen

Enthaltungen: 2 Stimmen

*Der Bauausschuss vertagt die Vorlage mehrheitlich um eine Sitzung auf den 04.12.2017.*

**zu 3.3 Außerplanmäßige Bewilligung von Haushaltsmitteln im Haushalts-jahr 2017 zur Sicherstellung der Finanzierung der Beteiligung an dem Ersatzneubau der Straßenbrücke Büssau (5.660)  
Vorlage: VO/2017/05394**

Frau Friedrichsen möchte wissen, ob die auf der Seite 3/3 angesprochene Förderquote schon ermittelt sei.

Herr Drever erläutert, dass dies noch nicht der Fall sei.

Herr Ramcke möchte wissen, ob es eventuell Probleme mit der Baumaßnahme in der Moislinger Allee (2. Bauabschnitte) geben könne, wenn dort die dortigen Gelder in dies Projekt gesteckt würden.

Herr Drever führt aus, dass es bezüglich der Fördergelder notwendig sei, mit dem 2. Bauabschnitt Ende 2019 fertig zu sein. 2018 soll die Ausschreibung erfolgen und 2019 gebaut werden. Die haushalterische Ordnung für den Ausbau der Moislinger Allee sei im Haushalt der Folgejahre sichergestellt.

Herr Rosenbohm möchte wissen, ob es einen Plan gäbe, wie die neue Brücke und die Straßenanbindung aussehen solle.

Herr Drever erklärt, dass die Planung bei WSA läge und die Hansestadt Lübeck anhand der Kreuzungsvereinbarung verpflichtet sei, ca. die Hälfte der Kosten zu tragen. Sollten darüber hinaus noch spezielle Wünsche erfolgen, wären diese Mehrkosten auch von der Hansestadt Lübeck zu tragen.

Herr Pluschkell möchte wissen, ob die Kosten nicht zu Lasten des Bundes gehen müssten, da es sich hierbei doch um eine künstliche Wasserstraße handele

Herr Ramcke möchte wissen, wie ein mögliches Risiko bei eventuellen Mehrkosten abgesichert sei. Und wie die Haftung aussehe.

Herr Drever erläutert, dass das WSA hierfür einen möglichen Nachtrag in Höhe von 700.000 Euro bereits mit eingerechnet habe. Diese „Mehrkosten“ seien auch bereits bei der Anteilsberechnung für die Hansestadt Lübeck mit berücksichtigt worden.

Der Vorsitzende lässt über die Vorlage abstimmen.

**Abstimmungsergebnis:**

Für die Vorlage: 15 Stimmen

*Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.*

**Beschluss:**

Im Haushaltsjahr 2017 werden in dem Produkt 541001.614.7852000 – Gemeindestraßen – Auszahlung aus Tiefbaumaßnahmen für die Beteiligung an dem Ersatzneubau der Straßenbrücke Büssau über den Elbe-Lübeck-Kanal gem. § 95 d (1) Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein Haushaltsmittel in Höhe von 1.424.500,- EUR außerplanmäßig bereitgestellt. Die Deckung erfolgt aus dem Produktsachkonto 544001.043.7852000 – Bundesstraßen/Moislinger Allee 2.BA – Tiefbaumaßnahmen.

**zu 3.4 Widmung von Verkehrsflächen gemäß § 6 Abs. 1 des Straßen- und Wegegesetzes (StrWG) für Schleswig-Holstein;  
hier: Kleines Haff (5.660)  
Vorlage: VO/2017/05410**

Der Vorsitzende lässt über die Vorlage abstimmen.

**Abstimmungsergebnis:**

Für die Vorlage: 15 Stimmen

*Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.*

**Beschluss:**

Die Widmung der Verkehrsfläche **Kleines Haff** sowie einer Teilfläche der Ostseestraße zwischen Rönnauser Weg und Kleines Haff – betreffend in der Gemarkung Rönnaue, Flur 2, das Flurstück 193 gemäß Anlage 1 – mit einer erstmaligen Einstufung gemäß § 3 Abs. 1 Ziffer 3a StrWG als Gemeindestraße - Ortsstraße wird beschlossen.

**zu 3.5 Wegeeinzug von öffentlichen Flächen gemäß § 8 Abs. 1 Satz 2 des Straßen- und Wegegesetzes (StrWG) für Schleswig-Holstein:  
Einzug/Teileinzug im Zusammenhang mit der Umgestaltung des Drehbrückenplatzes im Rahmen der Maßnahme: Westlicher Altstadttrand, An der Untertrave Abschnitt 2: Drehbrückenplatz - Alsheide (5.660)  
Vorlage: VO/2017/05412**

Der Vorsitzende lässt über die Vorlage abstimmen.

**Abstimmungsergebnis:**

Für die Vorlage: 15 Stimmen

*Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.*

**Beschluss:**

1. Es ist beabsichtigt, auf der Grundlage des § 8 Abs. 1 Satz 2 StrWG wie folgt zu verfahren:

\* Teileinzug der gemäß Anlage 1 gekennzeichneten Teilfläche I / des freien Rechtsabbiegers am Drehbrückenplatz zu einer Sonstigen öffentlichen Straße – Platz – mit der Beschränkung auf Fußgänger- und Anlieferverkehr zur Beschickung des geplanten Gebäudes

\* Einzug der gemäß Anlage 1 gekennzeichneten Teilfläche II am Drehbrückenplatz für das geplante Gebäude

2. Die Einzugsabsicht ist öffentlich bekannt zu machen und der Plan zur Einsicht auszulegen.

**zu 3.6 Benennung von Verkehrsflächen in der Hansestadt Lübeck:**

**B-Plan 05.42.00 – Triftstraße/Georg-Kerschensteiner-Straße (5.660)**  
**Vorlage: VO/2017/05434**

Der Vorsitzende lässt über die Vorlage abstimmen.

**Abstimmungsergebnis:**

Für die Vorlage: 15 Stimmen

*Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.*

**Beschluss:**

Im Stadtteil St. Lorenz-Nord, Gemarkung Vorwerk, wird die geplante Erschließungsstraße im Rahmen des B-Planes 05.42.00 – Triftstraße / Georg-Kerschensteiner-Straße gemäß Anlage 1 wie folgt benannt:

**Juistweg:** für die von der Triftstraße nach Westen abgehende Planstraße A inklusive Wendeanlage.

**zu 3.7 Freigabe zur Umsetzung der Maßnahme Flächenausbau, 2. BA, am Skandinavienkai (5.691)**  
**Vorlage: VO/2017/05449**

Der Vorsitzende lässt über die Vorlage abstimmen.

**Abstimmungsergebnis:**

Für die Vorlage: 15 Stimmen

*Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.*

**Beschluss:**

Mit der Umsetzung der Maßnahme Flächenausbau, 2. BA, am Skandinavienkai mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 39.200.000 EUR, einer voraussichtlichen Förderung in Höhe von 28.575.000 EUR und einem Eigenanteil der Hansestadt Lübeck in Höhe von 10.625.000 EUR wird begonnen.

**zu 3.8 Beitritt zur Geodateninfrastruktur der Metropolregion Hamburg**  
**Vorlage: VO/2017/05487**

Der Vorsitzende lässt über die Vorlage abstimmen.

**Abstimmungsergebnis:**

Für die Vorlage: 14 Stimmen

Enthaltungen: 1 Stimme

*Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.*

**Beschluss:**

Der Bürgermeister wird beauftragt, der Geodateninfrastruktur der Metropolregion Hamburg (GDI-MRH) und dem entsprechenden Verwaltungsabkommen beizutreten. Die haushaltsmäßige Ordnung für den jährlichen Mitgliedsbeitrag ist herzustellen.

**zu 4      Mitteilungen und Berichte**

**zu 4.1    Mitteilungen des Vorsitzenden**

**zu 4.2    Sonstige Mitteilungen und Berichte**

**zu 4.2.1   LÜBECK überMORGEN  
Vorlage: VO/2017/05367**

*Der Bauausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.*

**zu 4.2.2   Anleger in Schlutup für Fahrgastschiffe (5.691)  
Vorlage: VO/2017/05462**

*Der Bauausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.*

**zu 4.2.3   Mündlicher Bericht (5.651):  
Bestandsaufnahme der Schulstandorte Julius-Leber-Schule**

Herr Bunk und Frau Jannsen vom GMHL zeigen die ermittelte Bestandsaufnahme der Schulstandorte Julius-Leber-Schule anhand einer Präsentation auf und stellen die ermittelten geschätzten Sanierungskosten an beiden Standorten möglichen Kosten eines Neubaus gegenüber. Anschließend beantworten sie mit Herrn Borchardt (Schule Und Sport) Fragen aus der Politik.

Die präsentierten Folien werden den Bauausschussmitgliedern per Mail zugesandt.

*Der Bauausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.*

**zu 4.2.4 Bebauungsplan 05.42.00 - Triftstraße /Georg-Kerschensteiner-Straße - Satzungsbeschlussvorlage:  
Information zum Vertrag über die Durchführung von Ausgleichsmaßnahmen, die Errichtung von Gründächern und das Monitoring sowie die Beseitigung von Altlasten  
Vorlage: VO/2017/05477**

*Der Bauausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.*

**zu 4.2.5 Ablaufoptimierung von Großprojekten (5.660)  
Vorlage: VO/2017/05497**

Frau Friedrichsen möchte wissen, warum ergänzend zu eventuellen Bonuszahlungen keine Malus Zahlungen in dem Bericht mit aufgenommen seien.

Frau Glogau erläutert, dass sie diesen Ansatz für die Zukunft gerne aufgreifen werde.

Frau Kaske möchte wissen, warum die in dem Bericht aufgeführten Beispiele sich hauptsächlich nur auf die Bahnhofsbrücke bezögen und nicht auch auf die Josephinenbrücke und ob Mehraufwand durch Personal und Mehrkosten bei der Erstellung der Leistungsverzeichnisse nicht geringer ausfallen würden, als hinterher bei eventuellen Schadensersatzansprüchen. Aus ihrer Sicht sei es auch sinnvoll die aufgeführten Schulungen nicht nur darzustellen, sondern auch durchführen zu lassen und auch Beförderungen und Belohnungen bei den Mitarbeitern zu berücksichtigen.

Frau Glogau führt aus, dass sich die aufgeführten Beispiele selbstverständlich auch auf andere Großprojekte bezögen, dass aber die Fragestellung explizit auf das Projekt Bahnhofsbrücke ziele.

Herr Voht zeigt sich sehr überrascht, dass es auf Grund des Antrages der CDU-Fraktion an die Verwaltung hier nur zu einem Bericht gekommen sei und nicht zu einer durch die Politik zu beschließenden Vorlage.

Frau Glogau erläutert, dass es nicht zweckmäßig sei, einen Katalog aufzustellen, der für alle Bauvorhaben gleichermaßen gelten solle. Es müsse auf jeden Fall einen Einzelfallprüfung erfolgen.

Herr Lötsch merkt an, dass es nicht gewollt sei, dass es nur Abwägungen innerhalb der Verwaltung gäbe, sondern dass die Politik in den Fachausschüssen zu beteiligen wäre. Auch

bezüglich der in dem Bericht aufgenommenen Aspekte zu Zwischenfristen und Fachanwälten sehe er noch Ergänzungspotential. Er möchte auch wissen, ob zum Beispiel Mehrschicht- und Samstagarbeit im Vertrag der Ausschreibung mit aufgenommen werde.

Frau Glogau erläutert, dass grundsätzlich ein Fertigstellungstermin vereinbart werde, bei dem die Firma dann so planen müsse, dass dieser erfüllt werde.

Herr Dr. Brock sieht in diesem Bericht nicht genügend Initiativen, um solche Fehler, wie sie bei der Possehlbrücke passiert sind, zu vermeiden. Seiner Meinung nach müssen in Zukunft bessere Verträge geschlossen werden.

Frau Glogau führt aus, dass dieser Bericht ggf. nicht als vollumfassend angesehen werden könne.

Herr Mihr merkt an, dass es sich bei Planungen um hochjuristische Bereiche handele und möchte wissen, ob zukünftige Planungen von Großprojekten von Anfang an von Fachanwälten juristisch betreut würden.

Frau Glogau bestätigt ihm, dass ab dem Leistungsverzeichnis juristischer Rat eingeholt werde.

Herr Voht merkt an, dass mit einem politischen Beschluss einer Vorlage auch die Fachbereichsleitung für die Zukunft gestärkt wäre.

Herr Lötsch führt aus, dass eine Abwägung bei Planungen in den einzelnen Projekten sinnvoll sei und dass dies in einer Vorlage zur Ausschreibung des Projektes ersichtlich sein müsse. Er möchte wissen, ob diese Informationen zukünftig automatisch im Bauausschuss diskutiert werden oder ob dies über einen politischen Beschluss in der Bürgerschaft erzielt werden müsse.

Frau Glogau sagt eine Information im Bauausschuss zu, merkt aber auch gleichzeitig an, dass sich durch solch ein Verfahren die Projekte verzögern könnten.

Herr Dr. Brock sieht in diesem Verfahren das große Risiko, dass es in den Sitzungen des Bauausschusses zu langen und zeitraubenden Diskussionen kommen werde. Daher sollte hierfür ein genereller Standard festgelegt werden.

Herr Pluschkell regt an, eine Checkliste hierfür zu erstellen, ähnlich der, wie sie teilweise auf der ersten Seite der Vorlagen bereits aufgeführt werde. Ergänzend könnten hierbei auch noch Begründungen und geplante Ersatzmaßnahmen aufgeführt werden.

Herr Lötsch sieht den gesamten Bericht als nicht ausreichend an. Er würde gerne von der Verwaltung ergänzend eine bereits angesprochene Checkliste vorgelegt haben.

Frau Glogau sagt zu, dass sich die Verwaltung hierzu noch einmal Gedanken mache und dann mit ergänzenden Vorschlägen erneut in die Bauausschusssitzung am 18.12.2017 kommen werde.

**Herr Lötsch beantragt eine Vertagung des Berichtes bis zur Bauausschusssitzung am 18.12.2017.**

Der Vorsitzende lässt über den Vertagungsantrag abstimmen.

**Abstimmungsergebnis:**

Für eine Vertagung bis zum 18.12.2017: 15 Stimmen

*Der Bauausschuss vertagt den Bericht einstimmig bis zum 18.12.2017.*

**zu 4.2.6 Mündlicher Bericht (5.610):  
Rahmenplan Innenstadt mit Mobilitätskonzept und Durchführung eines Beteiligungsprozesses - Vorstellung Konzept und Zeitplan**

Frau Quast präsentiert das Konzept und den Zeitrahmen, beantwortet Fragen aus der Politik und sagt zu, die vorgestellte Zeitschiene aufgrund der Kommunalwahl in 2018 für die Monate April und Mai noch einmal zu überarbeiten. Der Zeitplan verschiebt sich um mindestens sechs Wochen nach hinten.

*Der Bauausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.*

**zu 4.2.7 Mündliche Mitteilung (5.660):  
Aktueller Sachstand Possehlbrücke**

Frau Glogau erläutert, dass es auf der Umleitungsstrecke zur Possehlbrücke zu Optimierungen der dortigen Lichtzeichensignalanlagen kommen werde. Die momentane Baustellenampel zur beidseitigen Überquerung der Possehlbrücke bleibe erst einmal bis auf Weiteres bestehen.

*Der Bauausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.*

**zu 4.3 Ankündigung von Öffentlichkeitsbeteiligung**

Herr Schröder ergänzt noch einmal zusätzlich zur bereits versandten Mail an die Bauausschussmitglieder, dass die in der Bauausschusssitzung am 06.11.2017 angekündigte Bürgerveranstaltung zum Mobilitätskonzept am 21-11-2017 nicht im Gesellschaftshaus des Gemeinnützigen Vereins stattfindet, sondern im Schleswig-Holstein-Saal im Maritim in Travemünde.

*Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.*

**zu 4.4 Mitteilungen zum Beginn von Ausschreibungen**

Herr Bunk teilt mit, dass die Ausschreibungen zur Sanierung der Albert-Schweitzer-Schule beginnen werden.

*Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.*

**zu 4.5 Eilentscheidungen des Bürgermeisters**

**zu 5 Anfragen, Anregungen, Anträge und Verschiedenes**

**zu 5.1 Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen**

**5.1.1 Schulhausmeisterdienste (Frau Friedrichsen) – 5.651**

**TOP 5.1.6 am 02.10.2017**

Frau Friedrichsen möchte wissen, wann es im Bauausschuss den von der Verwaltung zugesicherten Bericht zur Evaluation der Schulhausmeisterdienste geben werde.

**Zwischenantwort:**

Frau Senatorin Glogau sagt eine Mitteilung zu einer der nächsten Sitzungen nach den Herbstferien zu.“

**Antwort des Bereiches 5.651:**

Es ist geplant den Bericht zur Evaluierung des Projektes „Zentralisierung der Hausmeisterdienste beim GMHL“ zum 22.03.2018 in die Bürgerschaft zu geben.

Die Beteiligung des Bauausschusses erfolgt am 19.02.2018.

*Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.*

**5.1.2 Katharineum Aula (Herr Lötsch) – 5.651**

**TOP 5.2.2 am 18.09.2017**

Herr Lötsch möchte wissen, ob Gelder in den Haushalt 2018 eingestellt worden sind, um die Probleme mit der Beleuchtung und der Belüftung in der Aula des Katharineums zu beheben.

**Zwischenantwort:**

Herr Bunk wird den Sachstand hinterfragen.

Es wird eine Beantwortung innerhalb der nächsten Sitzungen zugesagt.

**Antwort des Bereiches 5.651:**

In der Haushaltsanmeldung 2018 wurde die angemeldete investive Maßnahme „Katharineum, Lüftung und Beleuchtung Aula“ nicht berücksichtigt.

Folgerungen aus Sicht GMHL:

Die Maßnahme wurde mit dieser Begründung zum Haushalt angemeldet:

- Für Art und Umfang der Nutzung der Aula des Katharineums ist sowohl die Beleuchtung als auch die Belüftung nicht ausreichend.  
Die alte Raumbeleuchtung entspricht einer klassischen Aula-Beleuchtung, die insbesondere für die Dauernutzung der Aula als Klausur- und Unterrichtsraum ungenügend ist. Dies betrifft sowohl die erforderliche Beleuchtungsstärke bei dieser Nutzungsart als auch die Einhaltung der Vorgaben bzgl. der Sicherheitsbeleuchtung für deren Stärke und Ausleuchtungsbereiche, die gem. Schulbaurichtlinie gefordert ist.  
Die Belüftungsmöglichkeit für die Aula ist seit der Umnutzung des angrenzenden Innenhofes als Schulmensa extrem eingeschränkt, da hiermit die Möglichkeit einer erforderlichen Querlüftung für diesen großen Raum entfallen ist. Abgesehen davon treten bei Öffnung der Fenster zur Hundestraße Belästigungen auf, die zu Störungen durch Straßenlärm bei Konzerten, Lesungen und Klausuren oder Unterricht führen. Andererseits werden aber auch die Anwohner und Nachbarn regelmäßig der Beschallung aus der Aula bei den entsprechenden Veranstaltungen ausgesetzt. Um hier eine Mindestluftwechselrate zu erhalten, die zu tolerierbaren CO<sub>2</sub>-Werten sowie Raumtemperaturen führt, ist die Aula mit einer Lüftungsanlage auszustatten.

Anlass für diese geplante Maßnahme sind ausschließlich nutzerseitige Anforderungen. Soweit die Maßnahme nicht umgesetzt wird, bleiben die in der o. g. Begründung beschriebenen Verhältnisse bestehen mit den benannten Auswirkungen.

Aus baufachlicher Sicht sind die Maßnahmen nicht dringend erforderlich, z. B. zur Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit in dem Bereich oder zur Umsetzung sicherheitstechnischer Anforderungen.

*Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.*

### **5.1.3 Raumbedarf Fachbereich 2 in Kücknitz (Herr Voht) – 5.651 TOP 5.2.10 am 03.07.2017 und TOP 5.1.4 am 02.10.2017**

Herr Voht spricht den Raumbedarf aus dem Fachbereich 2 in Kücknitz an. Hierzu würde er gerne den zeitlichen Ablauf dargestellt haben und wissen, warum die Umsetzung nicht schneller erfolgt sei.

#### **Zwischenantwort am 03.07.2017:**

Es wird eine Beantwortung innerhalb der nächsten Sitzungen zugesagt.

#### **Antwort des Bereiches 5.651 am 02.10.2017:**

Die Anfrage betrifft das Verwaltungsgebäude Kirchplatz 7 a + b in Kücknitz, welches von der Grundstücksgesellschaft TRAVE angemietet ist. Im Erdgeschoss dieses Gebäudes war bis 31.07.2015 das Stadtteilbüro Kücknitz untergebracht, danach wurde der Betrieb des Stadtteilbüros eingestellt. Das GMHL hatte versucht, die Fläche einer Nachnutzung zuzuführen, was aufgrund der innenstadtfernen Lage allerdings schwierig war. Eine Teilentmietung ist vom Vermieter abgelehnt worden, eine Trennung der Mieteinheiten wäre auch nicht ohne weiteres möglich gewesen.

Zwischenzeitlich waren die Räume als temporäre Ausweichräume für den Bereich 2.500 – Soziale Sicherung aus dem Verwaltungszentrum Mühlentor im Rahmen einer Baumaßnahme im Gespräch, dies wurde jedoch wieder verworfen.

Seit Anfang 2017 gab es Überlegungen, den bestehenden Raumbedarf des Bereichs 4.510 – Familienhilfen für die Abteilung Pflegekinder- und Adoptionsstelle aus dem Verwaltungszentrum Mühlentor am Standort Kirchplatz 7 a + b zu decken. Dies wurde auch umgesetzt, so dass der Bereich 4.510 zusammen mit der bisher dort schon untergebrachten Beratungsstelle Kücknitz und Travemünde desselben Bereichs seit Juli 2017 planmäßig den gesamten Standort Kirchplatz 7 a + b nutzt.

#### **Weitere Nachfrage am 02.10.2017:**

Herr Voht sieht seine Frage nicht als richtig beantwortet an, da er wissen wollte, wie lange der Bereich 4.510 warten musste, um die jetzige Unterkunft zu beziehen und wie das Verfahren hierfür abgelaufen sei und ob es auch noch andere Angebote an den Bereich 4.510 gegeben habe.

#### **Zwischenantwort am 02.10.2017:**

Es wird eine Beantwortung innerhalb der nächsten Sitzungen zugesagt.

#### **Antwort des Bereiches 5.651 am 20.11.2017:**

Der Bereich 4.510 – Familienhilfen hatte bis zum 1. Quartal 2016 in mehreren Mitteilungen die bis dahin bestehenden Raumbedarfe einzeln an das GMHL gemeldet. Da im Verwaltungszentrum Mühlentor (VZM) mehrere Bereiche untergebracht sind und auch in anderen Bereichen Raumbedarfe bestanden, hat das GMHL die Firma combine Consulting mit der Erstellung einer Machbarkeitsstudie zur Nutzungsoptimierung des VZM beauftragt. Die Machbarkeitsstudie vom 13.04.2016 zeigte auch in den vom Bereich 4.510 genutzten Räumlichkeiten diverse Reserven an, die bei einer Realisierung der Vorschläge den Raumbedarf im vorhandenen Bestand lösen konnten. Da dies zu einer räumlichen Verdichtung führen würde, waren die nutzenden Bereiche mit der Umsetzung der Vorschläge in Teilen allerdings zögerlich.

Mit Schreiben vom 21.09.2016 hatte der Bereich 4.510 seinen zu diesem Zeitpunkt bestehenden, ergänzten Raumbedarf noch einmal zusammenfassend mitgeteilt. Da in der Zwischenzeit seit der Erstellung der Machbarkeitsstudie für das VZM auch bei anderen Bereichen neuer Raumbedarf entstanden ist, hat das GMHL mit der Firma combine Consulting nach neuen Lösungsansätzen innerhalb des Gebäudebestands der Hansestadt Lübeck gesucht. Dabei wurden die dezentralen Standorte des Bereiches 4.510 in den Stadtteilen einbezogen. Mit E-Mail vom 30.12.2016 hat der Bereich 4.510 erstmals mitgeteilt, dass ab Sommer 2017 noch einmal ca. 10 Arbeitsplätze durch gesetzliche Änderungen im Unterhaltsvorschuss benötigt werden. Dadurch mussten die raumplanerischen Überlegungen ein weiteres Mal erweitert werden. Der gesamte noch bestehende und neue Raumbedarf der Bereiche aus dem VZM zeigte, dass eine große Lösung notwendig war. Dem Bereich 4.510 wurde dazu angeboten, eine Teileinheit aus dem VZM an den Standort Kirchplatz 7 a + b zu verlagern. Dieser Standort im Bestand der Hansestadt Lübeck bot als einziger Standort entsprechend große räumliche Reserven. Der Bereich 4.510 war bereit, seine Abteilung Pflegekinder- und Adoptionsstelle zu verlagern. Vor dem Umzug waren bauliche Herrichtungen im Kirchplatz 7 a + b erforderlich, die mit dem Vermieter (Grundstücks-Gesellschaft TRAVE) abgestimmt werden mussten. Nach Umsetzung der Herrichtungen konnte der Bereich 4.510 im Juli 2017 die Räume beziehen und dadurch im VZM Räume freiziehen, die wiederum für die anderen Raumbedarfe dieses Bereiches genutzt werden konnten.

Andere Standorte aus dem Bestand der Hansestadt Lübeck standen in dieser Größenordnung nicht zur Verfügung. Auch wurden dem Bereich 4.510 im Verlauf des Verfahrens keine neu anzumietenden Standorte angeboten, da zunächst der vorhandene Bestand für Lösungen geprüft wird und letztlich hier eine Lösung umgesetzt werden konnte.

Insgesamt vergingen seit dem 30.12.2016 sechs Monate von der letzten Bedarfsmeldung bis zum Bezug der Räume im Kirchplatz 7 a + b.

#### **Weitere Nachfrage am 20.11.2017:**

Herr Voht möchte abschließend wissen, ob die sechs Monate eine übliche Verfahrensdauer seien, was Herr Bunk ihm als durchschnittlich zu lang bestätigt.

*Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.*

#### **5.1.4 Sanierung Schwartauer Allee (Herr Ramcke) – 5.610**

**TOP 5.2.7 am 17.07.2017 und TOP 5.1.14 am 04.09.2017**

Herr Ramcke spricht die in 2016 durchgeführten Sanierungsmaßnahmen in der Schwartauer Allee an und möchte wissen, ob es geplant sei in 2017 weitere Sanierungsmaßnahmen der Radwege in der Schwartauer Allee durchzuführen.

##### **Zwischenantwort am 17.07.2017:**

Es wird eine Beantwortung der Frage zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

##### **Antwort am 04.09.2017 (TOP 5.1.14):**

Eine Fertigstellung des Radwegausbaus wird voraussichtlich nicht mehr in 2017 erfolgen.

##### **Weitere Nachfrage am 04.09.2017:**

Herr Ramcke möchte wissen, wie weit die Planungen hierzu seien oder ob dieses Projekt erst einmal auf unbestimmte Zeit verschoben sei.

##### **Zwischenantwort am 04.09.2017:**

Es wird eine Beantwortung der Anfrage zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

##### **Antwort des Bereiches 5.610:**

Der Entwurf der Ausführungsplanung liegt vor. Die Behördenbeteiligung hierzu steht allerdings noch aus.

##### **Weitere Nachfrage am 20.11.2017:**

Herr Ramcke möchte wissen, ob die Planungen hierzu bereits in 2018 beginnen werden.

##### **Zwischenantwort am 20.11.2017:**

Es wird eine Beantwortung der Anfrage zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

*Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.*

#### **5.1.5 Mobilitätskonzept für Travemünde (Herr Howe) – 5.610**

**TOP 5.2.12 am 04.09.2017**

Herr Howe möchte wissen, wer für das Mobilitätskonzept für Travemünde verantwortlich sei und wann dieses fertig werden würde.

##### **Zwischenantwort:**

Es wird eine Beantwortung innerhalb der nächsten Sitzungen zugesagt.

##### **Antwort des Bereiches 5.610:**

Die Zuständigkeit liegt bei der Abteilung Verkehrsplanung im Bereich Stadtplanung und Bauordnung (5.610). Die Gremienbeteiligung ist für das 1. Quartal 2018 angestrebt.

*Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.*

#### **5.1.6 Schlutup – Kirchenstraße und Bögengang (Herr Löttsch) – 5.610**

**TOP 5.2.18 am 06.11.2017**

Herr Löttsch erinnert noch einmal an seine scheinbar untergegangene Frage aus einer vorherigen Bauausschusssitzung und möchte wissen, wie mit der Oberflächenwiederherstellung in den Straßen in Schlutup (Kirchenstraße und Bögengang) umgegangen werde. Ob es hier Asphalt oder Kopfsteinpflaster geben werde.

##### **Zwischenantwort:**

Es wird eine Beantwortung innerhalb der nächsten Sitzungen zugesagt.

##### **Antwort des Bereiches 5.610:**

Es ist vorgesehen, Machbarkeit und Aufwand der Varianten durch ein Büro ermitteln zu lassen.

Herr Löttsch möchte wissen, ob es hierzu schon einen Zeitschiene gäbe.

Herr Drever erläutert, dass die EBL erst in 2019 beabsichtige dort zu bauen und daher die Planungen erst im Anfangsstadium seien.

Herr Voht informiert darüber, dass es sich bei dem Gebiet um ein Mischgebiet mit Anlieferverkehr handele.

*Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.*

#### **5.1.7 Lebensmittelmarkt auf dem Priwall (Herr Löttsch) – 5.610**

**TOP 5.2.20 am 06.11.2017**

Herr Löttsch möchte wissen, ob die ihm zugetragene Aussage, dass der geplante Lebensmittelmarkt auf dem Priwall kleiner als geplant werden sollte, richtig sei.

##### **Zwischenantwort:**

Es wird eine Beantwortung der Anfrage zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

##### **Antwort des Bereiches 5.610:**

Es liegt bisher kein Bauantrag vor. Eine Verkleinerung des geplanten Lebensmittelbetriebes ist der Verwaltung nicht bekannt.

Allerdings hat sich der Kaufgegenstand, sprich das Grundstück, verkleinert, da der Anbau des Pfortnerhäuschens nun doch nicht abgerissen, sondern wie das Pfortnerhäuschen auch an die Kurbetriebe zur Nutzung übertragen wird. Die Verkleinerung ist einvernehmlich mit dem Käufer abgestimmt.

Insofern verringert sich die Grundstücksgröße im Bereich des nicht zu bebauenden Teils um ca. 200 m<sup>2</sup>. Eine entsprechende Änderungsvorlage ist auch wegen der Änderung der Bezeichnung des Käufers am 30.11.2017 in der Bürgerschaft (VO/2017/05330).

*Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.*

<b>zu 5.2 Neue Anfragen</b>
-----------------------------

#### **5.2.1 Fußgängerüberweg beim Hafengebäude Travemünde (Herr Pluschkell) – 5.660**

(Vorab per Mail am 14.11.2017 eingereicht)

Sind nach Auffassung der Bauverwaltung die Voraussetzungen gegeben für die Ein-

richtung eines Fußgängerüberwegs in der Vogteistraße auf der Höhe des Bahnhaltepunktes Travemünde Hafen zur gegenüberliegenden Straßenseite (Hirtengang)?  
Falls ja, wann erfolgt die Einrichtung des Fußgängerüberwegs?  
Falls nein, warum nicht?

**Zwischenantwort:**

Es wird eine Beantwortung der Anfrage zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

*Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.*

**5.2.2 Vorflutanlage / Bauarbeiten EBL Ratzeburger Allee (Herr Quirder) – 5.660**

Herr Quirder berichtet von Verzögerung des Bauvorhabens der EBL in der Ratzeburger Allee und möchte wissen, warum die Straßenverkehrsbehörde während dieses Verzögerungszeitpunktes darauf bestanden habe, dass die Vorflutanlagen im Fahrenkampsweg und im Mönkhofer Weg für einen sechsstelligen Betrag ab- und wieder aufgebaut werden mussten.

**Zwischenantwort:**

Es wird eine Beantwortung der Anfrage zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

*Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.*

**5.2.3 Haltverbot Schlutuper Markt (Herr Quirder) – 5.660**

Herr Quirder teilt mit, dass das Haltverbot für den Schlutuper Markt für Mittwochvormittag nach dem Umbau des Marktplatzes nicht mehr erforderlich sei und möchte wissen, wann die Halteverbotsschilder abgebaut werden.

**Zwischenantwort:**

Es wird eine Beantwortung der Anfrage zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

*Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.*

**5.2.4 Bahnofsbrücke (Herr Pluschkell) – 5.660**

Herr Pluschkell möchte im Bauausschuss vorgestellt bekommen, in welcher Weise der Ersatzneubau der Bahnofsbrücke realisiert werden soll. Ob es pro Fahrtrichtung nur jeweils eine einspurig Führung gäbe oder ob es eine Behelfsbrücke gäbe und wie der Abbruch von statten gehen solle.

**Zwischenantwort:**

Es wird eine Beantwortung der Anfrage zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

*Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.*

**5.2.5 Bahnofsbrücke / Josephinenbrücke / Possehlbrücke (Frau Kaske) – 5.660**

Frau Kaske möchte wissen, ob mit dem Bau der Josephinenbrücke erst dann begonnen werde, wenn die Possehlbrücke fertig sei.

**Abschließende Antwort:**

Herr Drever teilt mit, dass die Josephinenbrücke in Abhängigkeit zur Bahnofsbrücke

stehe und demzufolge vorher – parallel zur Possehlbrücke – neu gebaut werde.

*Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.*

#### **5.2.6 Ehemalige C&A-Gebäude (Herr Rosenbohm) – 5.610**

Herr Rosenbohm möchte wissen, wie der aktuelle Sachstand beim ehemaligen C&A-Gebäude in der Mühlenstraße sei.

##### **Abschließende Antwort:**

Herr Schröder führt aus, dass seit kurzem ein Bauantrag vorliege, der sich noch in der Prüfung befände. Im Gebäude selber finden aber schon vorbereitende Maßnahmen statt.

*Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.*

#### **5.2.7 Sachstand Güterbahnhof (Herr Ramcke) – 5.610**

Herr Ramcke möchte wissen, ob es einen aktuellen Sachstand bei der Bebauung der Fläche hinter dem Treffhotel am Güterbahnhof gäbe..

##### **Abschließende Antwort:**

Herr Schröder merkt an, dass nun die Umsetzungsphase laufe, nach dem letzten Stand im Gestaltungsbeirat.

*Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.*

#### **5.2.8 Kreuzung Moltkestraße / Hüntertorallee (Herr Rostkowski) – 5.610**

Herr Rostkowski möchte wissen, wann der für Herbst 2017 zugesagte Bericht bezüglich einer Umgestaltung des Kreuzungsbereichs Moltkestraße / Hüntertorallee / Rehderbrücke im Bauausschuss vorgestellt werde.

##### **Zwischenantwort:**

Es wird eine Beantwortung der Anfrage zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

*Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.*

#### **5.2.9 Gelände ehemaliges Sellshop-Haus (Herr Quirder) – 5.610**

Herr Quirder möchte wissen, wann es einen aktuellen Sachstand zum Gelände des ehemaligen Sellshop-Hauses gibt.

##### **Zwischenantwort:**

Es wird eine Beantwortung der Anfrage zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

*Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.*

**zu 5.3 Anträge**

**zu 5.3.1 Einen neuen Flächennutzungsplan für Lübeck erstellen**  
**Überweisung aus der Bürgerschaft vom 28.09.2017 - Antrag der GAL-Fraktion**  
**VO/2017/05278**  
**Vorlage: VO/2017/05400**

Gemäß TOP 1.2 wurde der Antrag einstimmig vertagt, da Herr Howe beabsichtigt den Antrag in der Bürgerschaft zurückzuziehen.

**zu 5.3.2 BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Antrag des Ausschussmitglieds Arne-Matz Ramcke:**  
**Aufhebung der Radwegbenutzungspflicht an der Mecklenburger Straße**  
**Vorlage: VO/2017/05491**

**Antrag Bündnis 90 / Die Grünen:**

Für den innerörtlichen Bereich der Mecklenburger Straße fordern wir die umgehende Aufhebung der Radwegbenutzungspflicht.

Herr Quirder merkt an, dass der Radweg zum Wasser hin in der Mecklenburger Straße sehr sanierungsbedürftig sei, der auf der anderen Straßenseite aber vor nicht allzu lange Zeit erst neu gemacht wurde.

Herr Drever führt aus, dass es nicht ersichtlich sei, welcher Abschnitt mit dem Antrag angesprochen werde. Weiterhin obliege es der Straßenverkehrsbehörde im Zuge einer Einzelfallprüfung zu entscheiden, ob die Radwegbenutzungspflicht aufzuheben sei.

Herr Lötsch beantragt eine Vertagung des Antrags bis Anfang 2018, so dass es dort zu einer Vorstellung der Verwaltung kommen kann mit dem Aufzeigen einer Zeitschiene.

*Der Bauausschuss vertagt den Antrag einstimmig bis Anfang 2018.*

**zu 5.3.3 Hochstufung der Bundeswasserstraße Trave**  
**Überweisung aus der Bürgerschaft vom 28.09.2017 - Antrag der CDU-Fraktion**  
**VO/2017/05286**  
**Vorlage: VO/2017/05407**

**Überweisung aus der Bürgerschaft vom 28.09.2017 – Antrag der CDU-Fraktion (VO/2017/05286):**

Hochstufung der Bundeswasserstraße Trave

Der Bürgermeister wird beauftragt sich dafür einzusetzen, dass im nächsten Bundesverkehrswegeplan die Bundeswasserstraße Trave von der Kategorie „B“ wieder auf die Kategorie „A“ hochgehoben wird.

Frau Friedrichsen möchte wissen was die jeweiligen Kategorien „A“ und „B“ im Detail bedeuten.

Herr Löttsch führt aus, dass dies das Interesse des Bundes darstelle u.a. im Zusammenhang mit Dringlichkeiten im Bundesverkehrswegeplan.

Herr Ramcke möchte wissen, ob eine Hochstufung Auswirkungen auf eine Stadtentwicklung bei der Roddenkoppel habe.

Herr Wiese erörtert, dass die Bundeswasserstraße vom Elbe-Lübeck-Kanal unter der Hubbrücke Richtung Travemünde verlaufe und das Gebiet um die Roddenkoppel nicht betroffen sei.

Herr Untermann erklärt, dass seinerzeit vom Bund aufgrund von Sparmaßnahmen weniger Fördermittel zur Verfügung gestanden haben und daher die Herabstufung erfolgte.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen.

**Abstimmungsergebnis:**

Für den Antrag: 13 Stimmen

Enthaltungen: 2 Stimmen

*Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig den Antrag zu beschließen.*

**zu 5.3.4 Prüfung der Realisierbarkeit einer Umwandlung der "Vorderreihe" in eine Fußgängerzone**  
**Überweisung aus der Bürgerschaft vom 28.09.2017 - Antrag der FDP-Fraktion**  
**VO/2017/05297**  
**Vorlage: VO/2017/05408**

**Überweisung aus der Bürgerschaft vom 28.09.2017 – Antrag der FDP-Fraktion (VO/2017/05297):**

Prüfung der Realisierbarkeit einer Umwandlung der „Vorderreihe“ in eine Fußgängerzone

Der Bürgermeister möge prüfen, inwieweit eine Fußgängerzone im Bereich der Vorderreihe eingerichtet werden kann.

Welche Maßnahmen müssen mindestens durchgeführt werden, um eine Fußgängerzone einrichten zu können?

Welche Alternativrouten für Radfahrer, Taxen und den Lieferverkehr könnten eingerichtet werden?

Unter welchen Voraussetzungen wäre es möglich, den Ostseeküstenradweg zu verlegen?

Der Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen.

**Abstimmungsergebnis:**

Für den Antrag: 14 Stimmen  
Enthaltungen: 1 Stimme

*Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig den Antrag zu beschließen.*

**zu 5.3.5 Prüfung einer Zusatzbeschilderung in der Vorderreihe in Travemünde zur Verbesserung der dortigen Verkehrssituation**  
**Überweisung aus der Bürgerschaft vom 28.09.2017 - Antrag der FDP-Fraktion**  
**VO/2017/05298**  
**Vorlage: VO/2017/05409**

**Überweisung aus der Bürgerschaft vom 28.09.2017 – Antrag der FDP-Fraktion (VO/2017/05298):**

Prüfung einer Zusatzbeschilderung in der Vorderreihe in Travemünde zur Verbesserung der dortigen Verkehrssituation

Der Bürgermeister möge prüfen, inwieweit eine klare und eindeutige Beschilderung in der Vorderreihe dazu beitragen kann, die dortige Verkehrssituation zu verbessern.

Zu prüfen ist insbesondere ein Schild, das in Anlehnung an ein ähnliches Schild in Timmen-dorfer Strand zur gegenseitigen Rücksichtnahme auffordert.

Frau Glogau erläutert, dass sich die Verwaltung schon dafür ausgesprochen habe, um ggf. Konflikte zu lösen.

Herr Howe erwähnt, dass es bereits ein Schild am Anfang der Vorderreihe gäbe, dass auf den Status des Straßenzugs hinweise.

Herr Leber merkt an, dass es leider diese von Herrn Howe erwähnte Klarheit weder bei Tou-risten noch bei einigen Einheimischen gäbe.

Herr Voht sieht das positive Votum des Ausschusses für den Kurbetrieb Travemünde als richtungsweisend an, da dort die Probleme vor Ort auftreten.

Frau Kempke, der vom Bauausschuss Rederecht eingeräumt wird, weist darauf hin, dass Herr Kirchhoff im Wirtschaftsausschuss und Ausschuss für den Kurbetrieb Travemünde plau-sibel darauf hingewiesen habe, weshalb diese Beschilderung notwendig sei.

Herr Quirder spricht die damalige Maßnahme an, die Straße durch einen verkehrsberuhigen Bereich attraktiver zu machen.

Herr Lötsch beantragt zur Geschäftsordnung ein Ende der Rednerliste, da es sich hierbei lediglich um einen Prüfauftrag handele.

Der Bauausschuss stimmt diesem Antrag einstimmig zu.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag der FDP-Fraktion abstimmen.

**Abstimmungsergebnis:**

Für den Antrag: 15 Stimmen

*Der Bauausschuss beschließt den Antrag einstimmig.*

Der Vorsitzende unterbricht die Sitzung – nach Beendigung des öffentlichen Teils - zur Herstellung der Nichtöffentlichkeit (19:30 Uhr).

<b>zu 11      Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse</b>
---

Der Vorsitzende eröffnet den öffentlichen Teil der Sitzung und teilt mit, dass der Bauausschuss im nicht öffentlichen Teil **keine** Beschlüsse gefasst habe und beendet die Bauausschusssitzung um 20:20 Uhr.

Lübeck, den 16. Januar 2018

Vorsitzende/r

Thomas Kaacksteen  
Protokollführung